



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens, Nr. 26

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

# Mitteilungen

## der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens

Nr. 26

Verantwortlich: Carl Georg Bruns  
Schriftleitung: Bromberg, Welzienplatz 1<sup>III</sup>  
Fernruf Nr. 321

17. Sept. 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Um unsere Zukunft — Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen: Polnische Presse — Kleine Mitteilungen.

### Materialien zur ostdeutschen Frage

#### Um unsere Zukunft<sup>1)</sup>

„Das höchste Gut des Mannes ist sein Volk,  
Das höchste Gut des Volkes ist sein Staat,  
Das höchste Gut des Staates ist sein Recht.“

Wir alle, die wir durch Abstammung, Religion, Sprache, Kultur, Geschichte und Wesensart zusammengehören, bilden jetzt im Polenreiche eine Familie. Wie eng wir zusammengehören, wurde uns erst klar, als der Versailler Gewaltspruch unheildrohend vor unseren Augen stand, als wir vor der nahen Gefahr um unsere gemeinsame Zukunft hangten. Da klang von Millionen Lippen das Treugelöbnis: „Wir sind Deutsche und wollen deutsch bleiben!“ Wir meinten die Zugehörigkeit zum deutschen Staat, dem höchsten Gut des deutschen Volkes, trotzdem dieser Staat krank und zerschunden aus tausend Wunden blutete.

Versailles nahm uns den deutschen Staat, riß uns mit Gewalt vom Vaterlande los. Und nun bleibt uns nur mehr die Zugehörigkeit zu unserem Volke. Sie kann uns kein feindlicher Machtanspruch rauben, sie ist ein unveräußerliches und ewiges Recht, wenn wir sie nicht selbst aufgeben. In kurzer Frist werden wir Bürger eines anderen Staates, dessen Gesetze wir achten, dessen Aufbau wir schon im eigenen Interesse nicht stören werden. Aber wie im Frühling dieses Jahres geloben wir wieder: „Wir sind Deutsche und wollen deutsch bleiben!“ Und heute können wir nur mehr die Zugehörigkeit zur großen deutschen Familie, zum deutschen Volke damit meinen. Unser höchstes Gut ist jetzt unser deutsches Volkstum.

Niemals empfanden und erkannten wir den Wert unseres Volkstums so tief und innig, als gerade in diesen Wochen vor dem Übergang in polnische Herrschaft. Wir finden uns mit den Tatsachen ab und werden loyale Bürger des polnischen Staates, aber wir bleiben gute, uns des eigenen Wertes wohlbewußte Deutsche, innerlich und nach außen. Ja, auch nach außen! Offen und freudig wollen wir unser Deutschtum im neuen Staate bekennen, nicht vorlaut und vordringlich, aber immer und überall, wo ein Verleugnen unseres Volkstums eine nationale Schande wäre. Es ist ein erfreuliches Zeichen der erwachten Liebe zum Volkstum, daß gerade in dieser Zeit so häufig in den Blättern zu lesen steht, deutsche Familien im abgetretenen Gebiet, die einen polnisch klingenden Namen tragen, haben die Umänderung in einen deutschen Familiennamen erwirkt. Der Pole, der selbst fast 150 Jahre mit beispielloser Zähigkeit an seinem Volkstum

<sup>1)</sup> Die „Deutschen Nachrichten“ veröffentlichen diesen Aufsatz an erster Stelle der Nr. 49 vom 5. September.

gehangen, hat ein gutes Verständnis für den nationalen Willen, der Pole wird den mit innerer Verachtung strafen, der aus feiger Kriecherei sein Deutschtum verleugnet.

Und trotzdem ist unser deutsches Volkstum in großer Gefahr; die Geschichte der letzten Wochen beweist es. Wir sind eine völkische Minderheit in einer uns wesensfremden Nation, die — eben zu staatlichem Leben erwacht — uns ärgstes Mißtrauen entgegenbringt, die noch in der Freude über die wiedergewonnene Freiheit, dem „Herrenvolk“ (so drücken sich die polnischen Blätter aus) ihre staatliche Überlegenheit zeigen wird, die nach langem völkischen Gedrücksein den Deutschen die vertauschte Rolle gut fühlen lassen wird. Vor den schweren Tagen, die uns als völkische Minderheit bevorstehen, befreien uns weder der Ententevertrag mit Polen über die Gleichberechtigung der Minderheiten, noch die feierlichen Zusicherungen der polnischen Regierung. Der genannte Vertrag läßt die weitesten Auslegungs- und Anwendungsmöglichkeiten zu, die Verheißungen der polnischen Regierung werden von der polnischen Presse und den polnischen Organisationen teils bekämpft, teils im Werte herabgemindert. Eine starke Bewegung im polnischen Volke wendet sich bereits heftig gegen Zugeständnisse an die Deutschen bei den — leider — abgebrochenen Berliner Verhandlungen. Dazu kommen die unsere künftige Stellung in Polen schwer beeinträchtigenden trüben Ereignisse in Oberschlesien und — nicht zuletzt — die leidvollen Erfahrungen unserer Volksgenossen im besetzten Gebiet.

Man braucht nicht gerade rohe Gewalt anzuwenden, um eine völkische Minderheit zu bedrücken, um alles, was das Volkstum ausmacht — Sprache, Religion, Kultur, Schule, Wirtschaft — zu knebeln. Es gibt Zwangsmittel aller Art, die sich nicht als Gewaltmittel äußern, es aber doch sind. Sie führen zum gleichen Ergebnis. Solche Zwangsmittel können unter dem Zeichen des Rechts erfolgen, sie werden mit der Zeit die völkische Minderheit abstupfen, den nationalen Willen brechen, die Grundlagen zerstören, auf denen allein nur das Volkstum gedeihen und sich entfalten kann. Es gibt „Einschränkungen“, bei denen von freier Regung kaum etwas übrig bleiben kann, die zum langsamen Erstickungstod des Volkstums, zum allmählichen Hinübergleiten in die herrschende fremde Nation führen. Wer anschauliche Beispiele will, lese Kaufmanns Buch „Die Rechtsverhältnisse der an Polen abgetretenen Ostmark“ und höre die deutschen Klagen aus dem besetzten Posen.

Wir Deutschen sind eben jetzt auf uns selbst gestellt. Haben wir die gleiche nationale Fähigkeit, wie sie bisher die Polen zeigten, dann werden wir uns im polnischen Staate behaupten, national, kulturell und wirtschaftlich. Voraussetzung für den Erfolg in dem Verteidigungskampf um unsere nationalen und kulturellen Güter und Rechte, wie um unsere wirtschaftliche Zukunft ist die Einigkeit, die feste Geschlossenheit aller Deutschen. Nur wenn wir eines Sinnes sind, als eine große Familie uns betrachten, wird unser deutsches Volkstum nicht Schaden leiden, werden wir uns im nationalfremden Staate behaupten und nichts von dem verlieren, was uns allen lieb und teuer ist.

Um aber diese Einigkeit übers ganze Land hin herzustellen, um das Gemeinschaftsgefühl dauernd zu erhalten, um einen Sprecher für unsere Rechte und Interessen zu haben, bedürfen wir eines geistigen Bindemittels, eines Organs, das alle Deutschen ohne Unterschied von Rang und Stand erreicht und umfaßt. Dieses Organ sind die „Deutschen Nachrichten“. Sie dienen lediglich den Sorgen und Interessen des gesamten Deutschtums im abgetretenen Gebiet. Sie werden in ausführlicherem Maße, als es eine Tageszeitung tun kann, die Deutschen einen, aufklären, sie in dem neuen Recht und in den neuen Verhältnissen leiten und unterweisen, gegenüber Polen aber ein Fürsprecher und Anwalt der deutschen Sache sein. Der Welt werden sie ein Spiegelbild des deutschen Lebens in Polen geben.

Nur dann aber werden die „Deutschen Nachrichten“ die Kraft und Stärke haben, mit Erfolg die öffentliche Meinung und die Behörden in Polen zu überzeugen oder das Urteil des Auslandes, auf das wir jetzt besonderen Wert legen müssen, für uns zu gewinnen, wenn hinter dem Blatte der Deutschen in Polen

die große Mehrheit unserer Volksgenossen steht, wenn eine Riesenzahl von deutschen Lesern ihm die große moralische Bedeutung sichert. Dann wird das Blatt auch keine Befürchtung zu hegen brauchen, daß polnischer Einfluß es von seinen geraden, offenen, loyalen, aber auf den Schutz der deutschen Minderheit und des deutschen Volkstums gerichteten Zielen abdrängen kann.

Wir brauchen eine ungeheure Leserschaft, weil sie zum Schutz der deutschen Interessen unbedingte Notwendigkeit ist. In diesen Tagen hat im ganzen abzutretenden Gebiet die Werbearbeit für die „Deutschen Nachrichten“ eingesetzt. Bis zur Mitte des Monats sollen, nein, müssen 30000 Deutsche als Bezieger und Leser gewonnen sein. Wir hoffen sogar, daß diese Zahl nur ein Anfang ist. Wenn jeder Deutsche den Wert einer deutschen Zeitschrift nur halb so klar erkennt, wie die Polen den Wert ihrer Presse für ihr polnisches Volkstum erkannt haben, dann wird das erste Hunderttausend bald erreicht sein. Und wenn jeder Deutsche in dem zu Polen fallenden Gebiet die 50 Pfennige im Monat für sein deutsches Blatt so gern darbringt, wie die ärmsten polnischen Schichten, polnische Tagelöhner und Landarbeiter, ein Mehrfaches freudig gegeben haben, dann wird eine Riesenaufgabe der „Deutschen Nachrichten“ die Bürgschaft sein nicht nur für eine glänzende, gut ausgestattete deutsche Zeitschrift, sondern auch für eine angesehenere, einflußreiche Vertretung des Deutschtums in Polen vor der breitesten Öffentlichkeit, vor den Augen aller Welt.

## Aus den Deutschen Volksräten

### Deutscher Frauenrat Schlesiens.

Am 1. September hielt der Deutsche Frauenrat Schlesiens unter dem Vorsitz von Fräulein Lehrerin Winkler eine Versammlung ab, in der das Aufgehen des Frauenrats in den Deutschen Volksrat beschlossen wurde, da die Ziele beider Organisationen dieselben seien. An den geschäftlichen Teil schloß sich ein Vortrag des Herrn Dobbertmann aus Bromberg über: „Geschichte und Gesicht der Ostmark im ostmärktischen Gedichte“. Mit dem Gedichte Jacobowstis „Leuchtende Tage“ hob der Redner die Hörer auf die erste Sprosse der Stimmungsleiter, auf der sie dann zu freudigem Stolz über die deutsche Kulturarbeit, zu stolzer Freude über die eigenartige Schönheit unserer Heimat, zu wehmütiger Ergreiftheit über das Verlorene und zu zukunftsgläubiger Hoffnung führte, die aus Karl Meißners Worten an die Ostmark spricht:

Dies Land, da du geboren,  
Das du als Heimat liebst,  
Es ist dir erst verloren,  
Wenn du's verloren gibst.

Die Worte des Redners kamen aus dem Herzen und gingen zu Herzen und sein

Wunsch, daß die deutschen Frauen zur Umfassung der Stimmung in entschlossenem Tatwillen als besonders dazu Berufene beitragen möchten, fand gelobniskräftige Zustimmung.

Kreuz (Ostbahn). Am 31. August hatten sich 31 Vertreter örtlicher Volksräte aus dem Teile des Regedistrikts versammelt, der nicht an Polen abgetreten wird. Es wurde mit 29 gegen 2 Stimmen beschlossen, die Deutschen Volksräte in den bei Deutschland bleibenden Teilen der Ostmark weiter bestehen und weiter arbeiten zu lassen, da doch die Gefahr nicht ausgeschlossen sei, daß der Einfluß unverantwortlicher großpolnischer Kreise über die Grenzen des neuen Staatsgebildes hinausgreife. Es wurden ein vorläufiger engerer Arbeitsausschuß und ein weiterer Ausschuß gewählt. Als Zentralstelle wurde Kreuz bestimmt und zum geschäftsführenden Leiter Lehrer Hoest ernannt. Der Arbeitsausschuß wird sofort mit den Volksorganisationen in Schneidemühl, Meseritz, Bomst, Schwerin a. Warthe, Deutsch Krone und Schlochau in Verbindung treten, um einen Zusammenschluß der Volksräte des nicht abgetretenen Gebiets herbeizuführen.

## Pressstimmen

### Polnische Presse

„Dziennik Gdański“ (Danzig) Nr. 15 vom  
31. August 1919.

#### Das Resultat der polnisch-deutschen Verhandlungen in Berlin.

Posen. Aus den Beratungen, welche in den Kommissionen und Unterkommissionen der polnisch-deutschen Konferenz in Berlin stattgefunden haben, ist das größte Resultat von der Kommission für Angelegenheiten der Internierten erzielt worden. Auf der zweiten gemeinsamen Sitzung wurde die Bereitwilligkeit beider Parteien festgestellt, alle internierten Personen, Geiseln und Personen, die sich in Schutzhaft befinden, freizulassen. Außerdem sollen die Kriegsgefangenen freigegeben werden, diejenigen Personen aber, welche für politische Verbrechen verurteilt worden sind, werden begnadigt werden, die den Verhafteten abgenommenen Gegenstände werden zurückgegeben, bzw. soll ihnen eine Entschädigung ausbezahlt werden. Weitere Internierungen sollen aufhören. Der Ausbruch des Aufstandes in Oberschlesien hat bekanntlich die Frage der weiteren polnisch-deutschen Verhandlungen erschwert und die Unterbrechung derselben verursacht. In der Wirtschaftskonferenz wurde die Frage der Ap-provisionierung und des Verkehrs besprochen. Die deutschen Abgeordneten machten die Kohlenmenge, welche aus Oberschlesien geliefert werden soll, abhängig von der Menge der Lebensmittel, welche Polen nach Oberschlesien liefern wird.

Was den Verkehr anbetrifft, so hat man vereinbart, daß der Eisenbahn-, und zwar Personen- und Güterverkehr auf allen möglichen Bahnstrecken aufgenommen werden soll, und daß der Post- und Telegraphenverkehr in Betrieb gesetzt wird. Außerdem wurde die Frage der freien Schifffahrt auf der Weichsel, sowie der Küstenseefahrt und die Frage des Fischereigewerbes besprochen. In der Handelskommission besprach man die Aus- und Einfuhr, die Lieferung schon bestellter Waren und die Frage der Einteilung angehäufter Gelder. Die Kommission

für Versicherungen hat eine Reihe provisorischer Maßnahmen für die Übergangszeit zusammengestellt. Die Domänen- und Wälderkommission hat die Frage der Übernahme früherer polnischer Krons- und Staatsgüter durch die polnische Regierung besprochen, wie das der Friedensvertrag vorsieht. Schließlich hat die Gerichtskommission die Angelegenheit der Übernahme der laufenden Prozesse, Vollstreckungen, Exekutionen usw. seitens der polnischen Regierung besprochen. Die Schulkommission hat zwei Sitzungen gehabt, die administrativ-politische eine.

Schon aus dieser kurzen Zusammenstellung kann man sich ein Bild machen über den riesenhaften Umfang der Arbeiten der polnisch-deutschen Kommission. Es ist klar, daß die Deutschen sich bemühen, den größten Nutzen für sich herauszuschlagen, deshalb müssen die polnischen Abgeordneten auch eifrig darüber wachen und nicht einen Schritt zurücktreten, um so mehr, weil der Friedensvertrag auch so schon Polen große Verluste und Einschränkungen auferlegt. Die Beratungen werden also lang und beschwerlich sein.

„Dziennik Gdański“ (Danzig) Nr. 16 vom  
2. September 1919.

#### Eine Zusammenkunft der polnischen Bezirks-Vollräte.

In Graudenz fand im BazarSaal am Donnerstag, den 28. August d. Js. eine gemeinsame Zusammenkunft von Abgeordneten der polnischen Kreisvollräte statt.

Der Unterkommissar für Westpreußen hat in seiner Ansprache die jetzige politische Lage dargelegt und auf die langsame Ratifizierung des Friedensvertrages seitens der Ententemächte hingewiesen, ebenso wie auf das Resultat der Verhandlungen in Berlin für Westpreußen, d. h. die amtliche Anerkennung des Unterkommissariats für Westpreußen als eine Vertretung der Bevölkerung in Westpreußen und den Umstand, daß uns Bevollmächtigte — Polen auf den Kreis- und städtischen Ämtern zuerkannt worden.

Herr Dr. Njepnikowski aus Löbau leitete die Versammlung auf den Vorschlag des Herrn Unterkommissars und mit Einverständnis der Abgeordneten. Die Tagesordnung war folgende:

- I. 1. Besprechung der politischen Lage,
2. Festsetzung der Kompetenzen der Kreisvolksräte angesichts der Verfügung des Oberregierungspräsidiums vom 11. August 1919.
3. Erledigung des Antrages der Versammlung in Dirschau betr. der Bildung eines Vollzugsausschusses der polnischen Kreisvolksräte.
4. Die Beamtenfrage.
- II. 1. Schaffung eines Lebensmittelamtes der polnischen Kreisvolksräte.
2. Die Ausführfrage.
3. Die Arbeiter- und die Arbeitslosenfrage.
4. Die Heizungsfrage.

III. Nationalfeiertag.

Jedes Referat des Unterkommissars und der Unterkommissariatsmitglieder rief eine lebhafteste Diskussion hervor, an der die Delegierten teilnahmen. (Weiter folgten die Namen dieser einzelnen Delegierten).

Zu Punkt I Nr. 3 der Tagesordnung wurde mit großer Stimmenmehrheit beschlossen, daß die polnischen Kreisvolksräte aus ihrem Schoße zwei Abgeordnete wählen, welche den „Informationsrat“ bilden. Dieser Rat soll sich versammeln, bzw. wird er einberufen vom Unterkommissariat. Zeit und Ort dieser Ratszusammenkunft bestimmt das Unterkommissariat.

Betreffs der drei ersten Punkte des Absatz II sind folgende Resolutionen gefaßt worden:

1. „Mit Rücksicht darauf, daß das diesjährige Korn feucht und zu einer entsprechenden Ausmahlung nicht tauglich ist und angesichts dessen, daß das Volk unzufrieden ist, sind die polnischen Kreisvolksräte der Ansicht, es sei Zeit, das Korn nunmehr bis 70 Prozent auszumahlen und der Bevölkerung je 1 Pfund Brot pro Kopf täglich zu geben. Den Abfall muß man den Wirten zum Verfüttern geben, um eine größere Menge Milch zu erzielen und ebenso für die Vieh- und Schweinezucht. Die polnischen Kreisvolksräte sind verpflichtet,

in dieser Beziehung bei den zuständigen Behörden die nötigen Schritte vorzunehmen.“

2. „Die Kreisvolksräte sind gehalten, schon jetzt einen Plan dringender Arbeiten fertig zu stellen, um nach Beendigung der Feldarbeiten den Arbeitslosen Arbeit zu geben.“

3. „Die polnischen Kreisvolksräte müssen sich im Einverständnis mit den zuständigen Behörden darum bemühen, daß normale Preise für Eier, Geflügel und Obst bestimmt werden. Diejenigen Personen, welche höhere Preise nehmen, sind in den Zeitungen namhaft zu machen.“

„Gazeta Torunsta“ (Thorn) Nr. 198 vom 2. September 1919.

Der Ausbau der polnischen Volksräte.

Man schreibt uns: Die polnischen Volksräte, sowohl auf den Gebieten, welche Polen zuerkannt sind, als auch auf denjenigen, welche der Abstimmung unterliegen, erwartet in der nächsten Zukunft eine wichtige Aufgabe. Deshalb muß man sie erneuern und ausbauen, damit sie die größte Bedeutung bekommen. Zu diesem Zweck muß man unverzüglich neue Wahlen auf folgenden Grundlagen ausschreiben:

1. Die Wahlen werden von einer Versammlung von Abgeordneten der bisherigen polnischen Volksräte ausgeschrieben, und diese werden auch die Wahltermine bestimmen und eine Wohnoberschafskommission aussuchen.

Den Vorsitzenden der Wahlkommission bestimmt die polnische Regierung aus der Gruppe der Wahlkommissionsmitglieder. Die Wahlkommission bestimmt Wahlkommissare für die Bezirke und diese für die Gemeinden.

2. Die lokalen polnischen Volksräte bestehen aus fünf bis fünfundzwanzig Abgeordneten, welche auf einer öffentlichen Versammlung gewählt werden, sowie aus Vertretern der lokalen polnischen Vereine, die zu jedem Hundert oder angefangenen Hundert einer Mitgliedergruppe einen Abgeordneten senden.

3. Die polnischen Bezirksvolksräte bestehen aus je fünfzehn bis fünfzig Mitgliedern, die auf einer Kreiszusammenkunft gewählt werden. Zu diesen Mitgliedern gehören:

- a) Die Vorsitzenden der polnischen lokalen Volksräte.

- b) Die Abgeordneten der Gemeinden — je einer auf jedes volle und angefangene Hundert Einwohner,  
 c) Die Abgeordneten der im Kreife bestehenden Vereine — je einer auf die volle und angefangene Gruppe von fünfhundert Mitgliedern.

Die Wahl der Mitglieder des polnischen Kreisvolksrates ist geheim und proportionell.

4. Die Vorsitzenden der polnischen Bezirksvolksräte und die Kreisabgeordneten bilden einen polnischen Boywodschaftsrat. Jeder Bezirk wählt während der Kreiszusammenkunft zwei Abgeordnete nach dem proportionellen System.

In der Warschauer Zeitung „Kurjer Po-ranny“ vom 7. August findet sich ein Brief aus Posen „Von unserem Spezialkorrespondenten“, in dem u. a. folgendes zu lesen ist:

Heute, bei einem Aufenthalt von einigen Tagen in der Hauptstadt Posen hatte ich die Gelegenheit, Vergleiche anzustellen und einen gewissen Abschluß des Aufbaues und der Organisation des Staatslebens in dieser Provinz rück-schauend zu überblicken. Und man muß anerkennen, daß der Strom des Lebens dort in einem sehr zweckmäßig regulierten Bett dahinströmt, daß das frühere System der deutschen Ordnung noch in den Adern der-jenigen verblieben ist, die berufen wurden, die Gesamtheit gewisser Probleme des gegen-wärtigen Lebens zu lösen, sowie auch in den Adern der Gesellschaft selbst, die schon die nötige Achtung vor den Anordnungen der Behörden hat und die nötige Disziplin zu der Bildung der Normen für das tägliche Leben zeigt. Daher dort diese Verhältnisse, die unter allen großen Städten Polens einzig dastehen. Als Beispiel führe ich an, daß nirgend wo anders Droschken und elek-trische Bahnverbindungen mit einer so pe-dantischen Pünktlichkeit funktionieren und so unglaublich billig sind. Und dabei bildet Posen eine Ausnahme unter den Städten, da der Preis einer Droschkenfahrt vom Bahn-hof nach der Stadt durch den Taxameter festgesetzt zwei Mark kostet, während ein Fahr-schein für die Elektrische 12½ Pfennig kostet. Man kann zweifellos wohl verdiente

Hymnen zu Ehren dieser starken Ordnungs-momente schreiben, die bewirkt haben, daß der Warschauer sich in Posen etwas fremd fühlt, als ob er sich plötzlich mitten in einer anderen Welt befände, in anderer Kultur und unter anderen Sitten und Gewohn-heiten. Und dieses hier ist vielleicht der Ausgangspunkt des Problems, das zu der Zeit, als ich in Posen weilte, fast im Munde aller war: Die Frage der Autonomie Posens, die Frage der Absonderung Posens durch einen neuen Grenzfordon, der dieser Pro-vinz eine von den Einflüssen der benach-barten Teile ungetrübte wirtschaftliche Ent-wicklung gestatten würde. Denn diese Frage ist heute das Problem, welches am meisten in Groß-Polen überlegt wird, dies ist nicht nur ein von diesem oder jenem politischen Jongleur aufgeworfener Gedanke, der ihn als einen Versuchsballon in unvollkommenem Zustande losgelassen hätte. Nein, dieser Ge-danke bohrt und sitzt tief in den Herzen der hiesigen Patrioten, dieses Problem hier ist nicht unter dem Gesichtswinkel eines Kräh-winkeler Partikularismus entstanden, der sich des zweifellos auf gewissen Gebieten höheren Fortschritts der wirtschaftlichen Kultur und Organisation dieser Provinz im Verhältnis zu anderen Teilen Polens bewußt ist.

(Eine bessere Anerkennung der Überlegen-heit der deutschen Kultur über die polnische kann man sich kaum denken).

Über das Ministerium für das „frühere preußische Teilgebiet“ bringt „Dziennik Gdanski“ (Danzig) einen längeren Leitartikel, in welchem Betrachtungen über die Bildung des neuen Ministeriums für das frühere preußische Teilgebiet angestellt werden. Es wird darin unter anderem gesagt, daß damit endlich der Streit zwischen Posen und Warschau gewissermaßen aus der Welt geschafft sei. Das Blatt führt in dem Artikel ferner Stimmen Posener Zeitungen an, besonders des „Dziennik Poznański“, welcher bei Gelegenheit einer Besprechung der Ernennung Seydas diesen rühmte und scheinbar sehr erfreut ist, daß er eben diesen Posten erhalten hat, da er ein Mann sei, der in seinen sämtlichen Handlungen sich nicht nur stricke um das Wohl seiner Partei (der nationalen demokratischen

Partei kümmern, sondern wenn es sich um das Volk handele, die Parteiinteressen in den Hintergrund stelle. Dazu sagt der „Dziennik Gdansti“: Das vorstehende Zeugnis eines derartig ernsten Organs, wie es der „Dziennik Poznansti“ ist, wäre für uns ein Grund zum Vertrauen, welches wir ebenso der Institution, sowie auch dem an ihre Spitze gestellten Manne entgegenbringen würden, wenn das Blatt gelegentlich der von ihm gebrachten Charakteristik des frisch ernannten Ministers nicht einige Sätze geschrieben hätte, die gerade in ihrer naiven Offenheit denjenigen Teil der großpolnischen Psyche entschleiern, welche ihre schwächste Seite bildet und ihrer Beliebtheit in anderen polnischen Provinzen schadet. Dasselbe Organ schreibt nämlich: „Wir dürfen nicht vergessen, daß wir bei uns Einrichtungen besitzen, welche hinter dem gewesenen Kordon nicht einmal in Kinderstufen existieren, daß wir — kurz gesagt — hier Europa sind, und daß es deshalb ausgeschlossen ist, daß wir von den höheren Formen des sozialen Lebens zu den niedrigen heruntersteigen könnten und

wollten. . . . Die Konsolidierung der polnischen Republik wird ein Prozeß sein, welcher große Anforderungen an den Rest unserer Brüder stellen wird, und um so schneller und allgemeiner zustande kommt, je schneller und allgemeiner die Leute und Angelegenheiten auf der anderen Seite sich dieses großen Zieles gewachsen fühlen.“

In Großpolen, sagt nun der „Dziennik Gdansti“, sind die Leute und Angelegenheiten also schon diesem Ziel gewachsen. Das Vertrauen auf sich selbst ist zweifellos ein schaffendes Moment und die Bescheidenheit ist manchmal geradezu eine Sünde. Jedoch muß das Selbstvertrauen, damit es nicht die Anzeichen gewöhnlicher Renommierungssucht annimmt, gestützt sein auf Grundwerte. Diese finden wir aber für die Unterstützung der Auslassungen des „Dziennik Poznansti“ nicht vor, denn die in Großpolen auf gewissen Gebieten des sozialen Lebens existierende höhere Entwicklungsstufe, wie diejenige hinter dem Kordon, rechtfertigt keineswegs die Behauptung, als ob hier Europa und dort Asien wäre.

## Kleine Mitteilungen

### Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen sind am 20. August ausgelegt worden, da die polnischen Vertreter sich auf den Standpunkt stellten, die Verschärfung der Lage in Oberschlesien mache es der polnischen Delegation unmöglich, die Verhandlungen fortzusetzen. In den Unterausschüssen sind im Verlauf der Verhandlungen verschiedene Fragen berührt worden, abschließende Ergebnisse wurden aber nicht erzielt.

### Eine Bank der polnischen Kaufmannschaft.

„Dziennik Berlinksti“ schreibt: Zweck stärker Unterstützung der Interessen der polnischen Kaufmannschaft ist durch Erweiterung der galizischen kaufmännischen Aktienbank — eine Bank der polnischen Kaufmannschaft in Warschau gegründet worden. Zur Zeit zahlreicher Unsicherheiten und mächtiger Ent-

wicklung des Handels wird durchaus ein nutzbringender und großer Kredit für die polnische Kaufmannschaft nötig sein. Die polnische Kaufmannschaft wird sich zweifellos für dieses wichtige Unternehmen interessieren, welches speziell den Handelsinteressen dienen soll. Wir urteilen, daß auch das Interesse der ganzen Bevölkerung für diese neue Bank groß sein wird, so daß die Aktien derselben in kurzer Zeit vergriffen sein werden. Unsererseits fordern wir hiermit auf zum Ankauf von Aktien dieses wichtigen Unternehmens.

(Auch diese Sammlung der finanziellen Kräfte der Polen ist ein Beweis für die unbedingte Notwendigkeit, daß sich die Deutschen in eine große feste Organisation pressen müssen, wenn sie sich wirtschaftlich behaupten wollen. Wir Deutschen werden uns behaupten, wenn wir einig sind.)

**Decrete für die Behörden des dem Kommissariat des Obersten Polnischen Volksrates unterstehenden Gebietes.**

Das Kommissariat des Obersten Polnischen Volksrates erließ am 9. Mai die nachstehend abgedruckte Rundverfügung an alle unterstellten Behörden:

Behufs Polonisierung der Beamtenschaft bei den einzelnen Ämtern und Bureaus der Behörden verordnen wir für das dem Kommissariat des O. P. V. unterstehende Gebiet folgendes:

1. Die Annahme neuer Beamten deutscher Nationalität und deren Einstellung in den Etat ist verboten. Ebenso ist die Annahme von Personal und Arbeitern nichtpolnischer Nationalität in die Bureaus der Behörden, sowie die staatlichen und fiskalischen Unternehmungen verboten.

2. Zu den durch die Ämter und Behörden eingerichteten Vorbereitungskursen dürfen Personen polnischer Nationalität zugelassen werden. Dasselbe gilt auch bezüglich der Gewährung von Stipendien.

3. Es sind unverzüglich bei jeder oberen Behörde, also bei den Oberpräsidien, der Posener Regierung, der Eisenbahndirektion, der Oberpostdirektion, der Oberzolldirektion, der Landeshauptverwaltung besondere Kommissionen einzurichten, die die Aufgabe haben, die Ämter zu polonisieren. Die Zuständigkeit dieser Kommission wird wie folgt festgesetzt:

I. Die eigentlichen Personalakten der Beamten behufs Erforschung:

a) ob und welche polnischen Beamten, die bis jetzt in der Beförderung aus politischen Gründen zurückgehalten worden sind, entsprechend ihren Fähigkeiten und Kenntnissen in höheren Stellungen gebracht werden können;

b) ob und welche Beamte deutscher Nationalität

1. mit Rücksicht auf ihren polnisch-feindlichen politischen Standpunkt, sowie mit Rücksicht darauf, daß sie

2. die polnische Sprache nicht in dem Grade beherrschen, der zur vorschriftsmäßigen Erfüllung ihrer Amtspflichten erforderlich ist, zu entfernen sind;

II. Unterbreitung von Vorschlägen zur Ernennung bei der zuständigen Behörde;

III. Aufforderung polnischer Beamten aus Kongresspolen, Galizien und dem Auslande zur Meldung, Feststellung ihrer beruflichen Qualifikation und Vorschlag derselben für entsprechende Stellen;

IV. zur Erlangung neuer polnischer Beamten gehört:

a) Einrichtung von Kursen zur gründlichen Ausbildung von Kandidaten, sowie die Herausgabe der nötigen Handbücher und Schriften,

b) Annahme überzähliger Praktikanten in die einzelnen Bureaus und ihre praktische Einführung in die Verwaltungsarbeiten;

V. Überwachung der Ausführung oben angegebener Grundzüge zur Polonisierung der Ämter durch die Behörden und andere Ämter;

VI. über das Bedürfnis zur Bildung ähnlicher Kommissionen für die Polonisierung der Verwaltung der Städte entscheiden die Stadtverordnetenversammlungen;

VII. die Kosten der Bildung neuer Kommissionen in den Kommunalverbänden zur Polonisierung der Ämter tragen die Verbände, die staatlichen Ämter und Behörden haben uns baldigst den Nachtragsetat für den neu eingerichteten Ausschuß (Kommission) zur Bestätigung einzureichen.

VIII. Es empfiehlt sich allen Behörden und Ämtern, eine größere Zahl von Beamten auszubilden, als ihre Bedürfnisse gerade erfordern, namentlich ist eine größere Zahl von Beamten für jene Gebietsteile vorzubereiten, welche die polnische Regierung im Augenblick der endgültigen Feststellung der westlichen Grenze Polens übernehmen wird.

Posen, den 9. Mai 1919.

Kommissariat des Obersten Poln. Volksrates.  
gez. Adam Pobjwinski. Adamski.

Dem Landeshauptmann.

(Stempel der Abteilung IV für Verwaltungs- und Gerichtssachen.)

Der Pole weiß, was er will! Er tut das, was er angesichts der Beamtenpolitik der deutschen Regierung in den abgetretenen Gebieten tun muß, um sein Ziel, die deutsche Ostmark zu polonisieren, zu erreichen. — Der leidende Teil ist natürlich das deutsche Volk im Osten. Die Schriftstg.